

Die Klassendiktatur der Monopolbourgeoisie

Im Kapitalismus — Demokratie eine Farce

Im Programm unserer Partei finden wir die Feststellung: „Die wachsende politische Instabilität der Monopolherrschaft und ihrer Regierungen geht einher mit dem zunehmenden Niedergang der bürgerlichen Demokratie.“¹⁾

Die Welt des Kapitals liefert tagtäglich Dutzende von Tatsachen, die einerseits vom Abbau demokratischer Rechte durch die Monopolbourgeoisie und andererseits vom zunehmenden Kampf der Werktätigen um die Sicherung und den Ausbau elementarer Rechte im Rahmen der bürgerlichen Demokratie Zeugnis ablegen. Diese Prozesse sind Bestandteil des Klassenkampfes in den imperialistischen Staaten. Sie kennzeichnen zugleich das zum politischen Wesen des Imperialismus gehörende Streben nach antidemokratischen Formen der Herrschaft: „... politisch

ist Imperialismus überhaupt Drang nach Gewalt und Reaktion“, wies W. I. Lenin nach.²⁾ Dieser Drang nach Gewalt und Reaktion, der seine Wurzeln in der Monopolherrschaft und dem daraus erwachsenen Streben nach Maximalprofit und Alleinherrschaft, nach Ausschließlichkeit hat, tritt in der Gegenwart besonders deutlich hervor. Er findet seinen krassesten Ausdruck in

der faschistischen Diktatur des Pinochet-Regimes in Chile. Er zeigt sich auch in den verfeinerten Methoden des „scheibchenweisen“ Abbaus bürgerlich-demokratischer Rechte und Freiheiten wie zum Beispiel in der BRD.

Die Ursachen dieses verstärkten Dranges nach autoritärer Machtausübung liegen in der sich vertiefenden Krise des imperialistischen Gesamtsystems, durch die die historische Überlebtheit dieser Ordnung immer deutlicher hervortritt. Dem steht der Aufschwung des Sozialismus auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens gegenüber. Dieser Kontrast führt naturgemäß zur Schwächung des Kapitalismus und ermutigt alle antiimperialistischen * Kräfte.³⁾

Um dem wachsenden Drang

Scheindemokratie braucht Hintertürchen

In den Verfassungen der kapitalistischen Staaten gibt es zahlreiche Artikel, mit denen der Eindruck erweckt werden soll, daß die Demokratie an sich existiere, daß sie keinen Klasseninhalt habe und jedermann die gleichen Rechte und Pflichten habe. So finden wir zum Beispiel im Grundgesetz der BRD einen ganzen Katalog solcher demokratischer

der Volksmassen nach gesellschaftlichen Veränderungen zu begegnen, werfen die Herrschenden in imperialistischen Staaten selbst jene demokratischen Postulate über Bord, die sie unter anderen, für sie günstigeren Umständen zur Macht- und Herrschaftssicherung für ausreichend hielten — und die dennoch nur verhüllten, was Lenin klar und unmißverständlich bloßlegte: „Die Formen der bürgerlichen Staaten sind außerordentlich mannigfaltig, ihr Wesen ist aber ein und dasselbe: Alle diese Staaten sind so oder so, aber in letzter Konsequenz unbedingte eine Diktatur der Bourgeoisie.“⁴⁾

Der Bericht des ZK an den IX. Parteitag der SED macht uns darauf aufmerksam, daß gerade jene Kräfte, die den sozialistischen Ländern Lehren über Demokratie erteilen wollen, beim Abbau der bürgerlichen Demokratie in ihren eigenen Ländern als Vorreiter auftreten. Davon zeugen Gesinnungsschnüffelei und Berufsverbote, Ausnahmegesetze und Korruption, Verfolgung und Unterdrückung fortschrittlicher Kräfte.

Festlegungen, wie das Recht auf Meinungs- und Berufsfreiheit, das Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes und der Ausbildungsstätte bis hin zum Recht für jedermann, entsprechend seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung ein öffentliches Amt zu bekleiden. In diesen Rechten — so steht es auf dem Papier — darf niemand wegen